Bürgeramt, 27.05.2026

Anfrage der Ratsfraktion Die Linke zur Sitzung des ACI am 03.06.2026

Folgen durch Verzögerungen in der Ausländerbehörde

Hauptfrage:
Wie lang sind aktuell die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für Arbeitserlaubnisse und Aufenthaltstitel und welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese zu verkürzen?

Antwort:
Bearbeitungszeiten für Arbeitserlaubnisse und Aufenthaltstitel werden durch das Fachverfahren nicht erfasst, insofern kann eine durchschnittliche Bearbeitungszeit nicht ermittelt werden. Bei der Prüfung einer Arbeitserlaubnis ist die Bundesagentur für Arbeit zu beteiligen, eine Entscheidung der Bundesagentur für Arbeit beträgt in der Regel zumindest zwei Wochen. Für die Produktion eines elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) benötigt die Bundesdruckerei rund drei Wochen, so dass alleine die Beteiligung weiterer Behörden für den Prozess von Antragsannahme bis zur Aushändigung des eAT mehr als fünf Wochen dauert.

Zusatzfrage 1:
Welche Standards bestehen für die Beratung von Antragstellenden, insbesondere hinsichtlich Hinweisen zu finanziellen Absicherungen wie Arbeitslosengeld und wie wird deren Einhaltung sichergestellt?

Antwort:
Gerade in Fällen eines drohenden Verlustes des Arbeitsplatzes werden Anfragen von Kundinnen und Kunden priorisiert bearbeitet, und ggf. situationsangemessene individuelle Beratungsangebote gemacht. Insofern ist uns kein Fall bekannt, in dem ein/e Kunde/in aufgrund erschwerter Kontaktaufnahme mit der Ausländerbehörde ihre/seine Arbeitsstelle verloren hätte.

Fragen zu einer möglichen finanziellen Absicherung fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde, die für die Regelung des Aufenthalts zuständig ist. Eine entsprechende Beratung müsste durch die jeweiligen Leistungsbehörden erfolgen: Soweit eine zuständige Leistungsbehörde identifiziert werden kann, erfolgt eine entsprechende Beratung mit dem Verweis auf die zuständige Leistungsbehörde.

Zusatzfrage 2:
Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um künftig zu verhindern, dass Menschen aufgrund behördlicher Verzögerungen ihre Arbeitsstellen verlieren oder in existenzielle Notlagen geraten?

Antwort:
Die Kommunale Ausländerbehörde hat in Kenntnis der vorhandenen Terminknappheit mit verschiedenen Maßnahmen reagiert, die Möglichkeiten der Kontaktaufnahme verbessert und auf der Homepage der Stadt klarer kommuniziert. Sowohl die Fortentwicklung des Terminangebots als auch Möglichkeiten der Onlinebeantragung und Vorprüfung eines Aufenthaltstitels werden aktuell organisatorisch geprüft.